

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 88 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Wellenlinie 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dendoff 202 bis 207

Verfammlungs-schlacht in Cutin

Nazi-Überfall auf eine sozialdemokratische Versammlung abgewehrt

Cutin, 28. November. (Eigenbericht.)

Am Donnerstagabend kam es in einer sozialdemokratischen Versammlung, die hier im Schlöfshotel abgehalten wurde und in der Reichstagsabgeordneter Leber-Lübeck sprach, zu einer schweren Schlägerei zwischen Versammlungsteilnehmern und Nationalsozialisten.

Die Polizei schätzt die Zahl der Verletzten auf insgesamt 20, darunter 5 Schwerverletzte, die ins Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Zu den schweren Tumulten in Cutin wird weiter gemeldet: Eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung, die vom Reichsbanner einberufen war,

marschierten 250 uniformierte Hitler-Leute in geschlossenem Zuge in den Saal und stellten sich in langen Reihen an der Seite des Saales auf.

Der Redner, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Leber, hatte nach sechs Sätze gesprochen, als ein junger SA-Mann laut durch den Saal schrie: „Denk an Schwartau, du Lump!“ Saalschutze forderten ihn nach dieser rüpelhaften Beleidigung auf, sofort den Saal zu verlassen. Er weigerte sich, und die neben ihm stehenden Braunhemden standen ihm bei. Es entstand ein Handgemenge, und nach einigen Sekunden war ein fürchterlicher Tumult im Gange.

Aber die SA-Leute, obwohl an Zahl dem Reichsbannerhaushalt weit überlegen, wurden aus dem Saal gedrängt.

Es hatte beiderseits einige Leichtverletzte gegeben, und die Versammlung sollte wieder eröffnet werden. Die Nazitruppe — Cutin ist ihre Hochburg, und sie hatten ihre sämtlichen Sturmabteilungen von Stadt und Provinz Lübeck zusammengezogen — wollten auf keinen Fall die Versammlung weitergehen lassen.

Sie versuchten deshalb, aufs neue in den Saal vorzustoßen. Nun entwickelte sich im Vorraum des Saales ein schwerer Kampf.

Die Nazis, die immer mehr ins Gedränge kamen, griffen schließlich zu Schuß- und Stichwaffen. Aber in dem furchtbaren Durcheinander konnten ihnen die Waffen weggenommen werden.

Schließlich ergriffen sie panikartig die Flucht.

Nicht nur das Versammlungstafel verlassen sie in aller Eile, sondern nach einigen Minuten hatten sie fluchtartig Cutin geräumt. Nach den Feststellungen der Polizei liegen die Nazisturmtruppe etwa 25 Schwerverletzte zurück. Davon liegen fünf in ernstem Zustand im Krankenhaus. Vom Reichsbanner sind fünf oder sechs Leute verletzt. Der eine davon durch Messerstiche.

Die Polizei war gegen den Fanatismus der Nationalsozialisten, die seit Monaten Cutin unter Terror halten, völlig machtlos. Deshalb wurde die Reichswehr alarmiert.

Aber als sie aufmarschierte, war längst alles ruhig. Die Nazis hatten die Stadt verlassen, das Reichsbanner hielt die Ordnung aufrecht, und die Versammlung war, nachdem sie nach dem Tumult noch etwa eine halbe Stunde ihre Fortsetzung genommen hatte, auf Wunsch der Polizei geschlossen worden.

Schießerei in Köln.

Köln, 28. November. (Eigenbericht.)

Am Donnerstagabend wurde ein Trupp von etwa 20 Nationalsozialisten, der über die Hohenzollernbrücke zur Messehalle marschierte, wo eine nationalsozialistische Versammlung stattfand, aus der Menge heraus beschossen. Insgesamt wurden acht scharfe Schüsse abgegeben. Ein Nationalsozialist erhielt einen Lungenschuß, einer einen Schuß in das Gesicht, und ein unbeteiligter Passant wurde am Kopf schwer verwundet. Das Überfallkommando der Polizei nahm sofort 50 Verhaftungen vor, meist Jugendliche, die in ihrer Mehrzahl nach ihren eigenen Angaben Mitglieder der kommunistischen Partei sind. Das Gros der Kommunisten war im Besitz von Schlagringen und stechenden Messern.

Nach 33 Jahren: Andrees eigene Aufnahmen aus dem ewigen Eise



Es glückte, die von den Teilnehmern der Andree-Expedition gemachten Aufnahmen, die nun im Eis aufgefunden wurden, zu entwickeln. Die Bilder zeigen: Fränkel, einen der beiden Begleiter Andrees vor dem von ihm erlegten ersten Eisbären und den Transport des Schlittens über eine Eispalte

Der Kampf um den Staat

Ministerpräsident Otto Braun spricht in Bielefeld

Bielefeld, 28. November. (Eigenbericht.)

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun sprach gestern abend auf Einladung der Sozialdemokratischen Partei in der etwa 6000 Personen fassenden, überfüllten Ausstellungshalle in Bielefeld über das Thema „Kampf um den neuen Staat“. Es lasse sich, so führte der Ministerpräsident u. a. etwa aus, heute den notleidenden großen Volksmassen nur wenig sie Befriedigendes sagen. Man könne nicht so sehr an das Herz appellieren als vielmehr an den Verstand.

Wenn das Volk heute den Staat verantwortlich mache für das wirtschaftliche Ungemach, so vergesse es, daß unser neues Staatswesen unter sehr erschwerten Umständen entstanden sei und eine so schwere Belastungsprobe habe aushalten müssen wie kaum ein anderer Staat vorher.

Die Nationalsozialisten hätten, so erklärte Dr. Braun weiter, schließlich der Rot der Zeit ihre Wahlerfolge zu verdanken. Sie wollten jetzt die Immunität der Abgeordneten dazu ausnützen, um sich der Verantwortung vor dem Richter für ihre vielen Beleidigungen zu entziehen. Das Abgeordnetenmandat dürfe aber kein Freibrief werden für die politischen und persönlichen Berührungspunkte des Gegners.

Bei dem Kampf um den Young-Plan werde jetzt draußen der Eindruck erweckt, als ob die Sozialdemokratie geradezu veressen darauf gewesen wäre, dem Gegner so viel wie möglich zu zahlen. Die Sozialdemokratische Partei habe aber den Young-Plan als das kleinere Übel angesehen und ihn nur deshalb ange-

nommen. Das jorische Reinsagen bürgerlicher Regierungen habe Deutschland nur die Ruhrbefreiung gebracht.

Von den 132 Milliarden, die im Jahre 1921 von uns verlangt wurden, seien wir durch die Verständigungspolitik schließlich doch bereits bis auf 32,5 Milliarden heruntergekommen.

Die notwendige weitere Korrektur würde ganz von selbst eintreten. Wenn Hugenberg, der fünffache Milliardär, in seiner Rede in Bielefeld die heutige Wirtschaftsmisere auf den Marxismus zurückgeführt habe, dann müsse er, Braun, schon sagen, daß er Hugenberg wohl für nicht gerade sehr intelligent, aber doch nicht für so dumm halte, an seine eigenen Worte zu glauben.

Nicht der Marxismus habe die Misere verursacht, denn Deutschland habe doch gar kein marxistisches Wirtschaftssystem, sondern der Preusskapitalismus habe völlig verlagert.

Die Nationalsozialisten, die trotz ihrer großen Wahlerfolge praktisch im Reichstage nichts anfangen könnten, hätten sich jetzt mit dem Stahlhelm zusammengetan, um, wie sie sagten, der marxistischen Herrschaft in Berlin ein Ende zu bereiten. In Berlin habe es aber niemals eine marxistische Herrschaft gegeben.

Heer Seidte hat im November in Bromberg angeführt: „Jetzt müßte man das preussische Problem an die Bürger stellen, und endlich einmal der roten Marxistenherrschaft in Berlin ein Ende machen.“ Sie wollen durch ein Volksbegehren den Landtag auflösen. Heer Seidte will den Ansturm auf Preußen unternehmen, gemeinsam mit dem Stahlhelm, der in würdeloser Anlehnung an Mussolini zum Ehrenmitglied gemacht hat. Seidte, Müller u. a. Antifemien betreibend das Volksbegehren mit solcher Jähzornhaft, daß man annehmen muß, daß sie wenig Vertrauen zur Weisheit ihrer Sache und zur Haltbarkeit ihrer Wahlerfolge besitzen. Er glauben nicht, bis zu den normalen Neuwahlen warten zu können. Lügen haben kurze Beine, daher die Hast der Herrschaften

Hakenkreuz, Stahlhelm und Sowjetkern, das ist das Dreigestirn, das gegen Preußen anführt. Aber es wird vergeblich anstürmen. Die Sozialdemokratie faunt mit den Erfolgen ihrer konstanten zehnjährigen Politik ruhig vor das deutsche

Ruhrschiedspruch verbindlich!

Es bleibt bei der Achtstundenschicht.

In der Arbeitszeitstreitigkeit im Ruhrbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch vom 12. November, der die Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung vorschlägt, für verbindlich erklärt.

